



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

z/V/268

16. November 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Flüchtlingspolitik über Kritik erhaben	S.1
Japans Sicherheitssorgen	S.3
Ost-Ausstellung in Westberlin	S.4
Nachrichten aus der Ostzone	S.5

B o n n s c h w e i g t

Hi. Vor etwa 14 Tagen fiel in die Flut aufrüstungsfreundlicher Äusserungen, die man in Bonn den amerikanischen Kreditgebern schuldig zu sein glaubt, ein ermüchterndes amerikanisches Urteil. Mr. Sonne, der Leiter der ECA-Kommission, gab nach einmonatigem Studium des deutschen Flüchtlingsproblems eine Erklärung ab. Mr. Sonne sagte, er sei auch als Amerikaner statt für grössere Sicherheitsleistungen für eine verstärkte Flüchtlingshilfe. Mr. Sonne hat noch mehr gesagt, stellenweise hat er der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung einen glatten Blattschuss versetzt. Aber kein Echo folgte, Bonn schwieg und schweigt heute noch, so wie es seinerzeit zu der Kritik des UNO-Delegierten Odell Nansen geschwiegen hat. Fühlt man sich in Bonn so stark, dass man jede Kritik, auch solche, die nicht von der Opposition kommt, beiseite schieben kann?

In keiner Demokratie der Welt, so hat Mr. Sonne weiter gesagt, könne sich eine Regierungs-Partei noch das Besitzbürgertum halten, wenn ein solches Problem wie die deutsche Flüchtlingsfrage nicht in gewisser Zeit gelöst würde. Der Bund könnte durch grössere Kompetenzen in Flüchtlingsfragen die Ansiedlung von Industrien, die Umsiedlung und den Wohnungsbau wesentlich wirksamer gestalten. Und schliesslich: Industrie und Handel könnten durch die bereits erhaltene Hilfe weit mehr für die Flüchtlinge tun. Mr. Sonnes Erklärung war, obwohl er als Amerikaner und Ausländer mit sehr viel Vorsicht und Takt sprach, eine einzige kritische Ermahnung an die Adresse der

Bundesregierung. Das wird sofort klar, wenn wir seine Worte in deutsche politische Begriffe übertragen. Dann bedeuten sie, dass die heute in Deutschland verfügbaren Finanzmittel nicht in ohnehin überindustrialisierte Gebiete, sondern in die Notstandsgebiete des Bayrischen Waldes, von Salzgitter und der Emsland-Moore gehören. Dann könnte der Satz, dass Industrie und Handel mehr helfen könnten, dem Bundesfinanzminister zu bedenken geben, dass die Wirtschaft beim Lastenausgleich sehr wohl mit mehr als einer Ertragssteuer von 2 Prozent belastet werden kann. Und wenn Mr. Sonne sagte, dass bei grösseren Bundeskompetenzen eine wirksamere Flüchtlingshilfe möglich sei, dann weiß jeder Deutsche, - und Mr. Sonne wusste es auch - dass der Bund diese grösseren Kompetenzen längst besitzt, dass er sie nur noch nicht genutzt hat. Der Flüchtlingsausgleich unter den Ländern ist das klassische Beispiel dafür. Dr. Lukaschek hat in dieser Frage sein Weisungsrecht laut Artikel 119 GG leichtsinnig ungenutzt gelassen. Das Lastenausgleichsgesetz wird ein weiteres Beispiel dafür sein, wie wenig Dr. Lukaschek sein Schwergewicht als verantwortlicher Minister für rund 10 Mill. geschädigte Menschen zur Geltung gebracht hat. In den Entwürfen der Bundesregierung hat er nicht einen Gedanken entscheidender Art den anderen Ressorts gegenüber durchzusetzen vermocht.

Um noch ein drittes Beispiel zu nennen: Die Arbeit am Flüchtlingsrahmengesetz, das verbindlich für Februar 1950 versprochen worden war, ist heute noch nicht über Referentenentwürfe hinaus gediehen. Das einzige Gesetz, das der Bundesflüchtlingsminister bis jetzt vorgelegt hat, ist das Gesetz über die heimatlosen Ausländer. Und dieses ist unter dem Druck der hohen Kommission entstanden. Das ist eine traurige Bilanz, die selbst die Bundesregierung davon abhalten sollte, die Anerkennung, die Mr. Sonne als objektiver Schiedsrichter für geleistete Arbeit aussprach, auf sich zu beziehen. Die bisherigen Erfolge sind ausschliesslich auf die Initiative, die Fantasie und die Improvisationskunst in den einzelnen Länderministerien zurückzuführen.

Selbstverständlich kann die Bundesregierung auch weiterhin zu den verschiedenen Kritiken schweigen. Schliesslich ist mit Reden, selbst mit Rechtfertigen, nichts getan; die erhaltenen Lehren beherzigen und danach handeln, wäre schon besser. Aber auch daran fehlt es. Nun ist aber Mr. Sonne nicht irgendein Amerikaner, der sich des deutschen Flüchtlingsproblems als Privatspleen bemächtigt hat. Mr. Sonne ist der Vertreter der ECA, einer Institution, an deren Urteil das kreditbedürftige Deutschland auf die Dauer nicht achtlos vorübergehen kann.

Auch Japan steht vor dem Sicherheitsproblem

sp. Das Ende des zweiten Weltkrieges hat Japan in vielen Beziehungen vor ähnliche Probleme gestellt wie das besiegte Deutschland. Im Sinne des Potsdamer Abkommens wurde 1946 unter General MacArthur's Vormundschaft eine Verfassung angenommen, in der Japan "permanent" abschwörte, jemals eine Armee zu unterhalten (Artikel 9). Jetzt steht die Frage der Sicherheit des Landes erneut und seit dem Koreakrieg bitterernd zur Diskussion.

Zu einem Zeitpunkt, da die elf Länder der Fernost-Kommission, die gegen Japan Krieg führten, mit der Vorbereitung eines Friedensvertrages beschäftigt sind, hat die japanische Sozialdemokratische Partei ihre Ansichten darüber in zwei Erklärungen veröffentlicht. Die japanische Sozialdemokratische Partei wurde in den letzten Wahlen im Juni 1950 mit 25,5% zur zweitstärksten Partei und verfügt über 61 von 250 Sitzen im Parlament. Ihre Ansichten haben daher besonderes Gewicht.

Die japanischen Sozialisten befürworten daher eine absolute, unbewaffnete Neutralität im jetzigen Mächtekonflikt. Aus dieser Einstellung heraus lehnen sie jedes Bestreben, mit einem der Mächte einen Separatfrieden zu schliessen, ab, um nicht dem anderen Lager einen Vorwand zu geben, an der Neutralität Japans zu zweifeln. Der japanische Friedensvertrag soll nach Ansicht der japanischen Sozialdemokraten folgende Forderungen berücksichtigen: 1. Volle Wiederherstellung der inneren und äusseren Souveränität Japans gegen jede internationale Kontrolle. 2. Nach Abschluss des Friedensvertrages soll Japan als gleichberechtigtes Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen werden. 3. Japans Sicherheit soll von der UNO garantiert werden. Von allen militärischen Obligationen, wie sie die UNO-Charter vorsieht, soll Japan aber ausgenommen werden. Dies wird damit begründet, dass die Alliierten selbst bei der Verabschiedung der Verfassung im Jahre 1946 Wert auf eine Erklärung legten, welche ein Verzicht auf eine Wehrmacht und ein Gelöbnis für den Frieden vorsieht. 4. Aus dieser Verfassung wird auch die Forderung abgeleitet, aus Gründen echter Neutralität keinem Lande die Errichtung militärischer Stützpunkte zu erlauben. 5. Die Abtrennung Koreas von Japan erscheint den japanischen Sozialisten als unvermeidbar, ebenso wie sie die verschiedenen territorialen Änderungen, die die Alliierten

in Kairo und Potsdam beschlossen haben, anerkennen. Sie legen aber Wert auf einige Inseln, die durch lange historische und wirtschaftliche Bande sich zu Japan gehörig fühlen und unterstreichen die alliierte Erklärung vom Januar 1942, dass Gebietsänderungen nur mit Zustimmung der jeweils betroffenen Bevölkerung vorgenommen werden sollen.

Die anderen Vorschläge befassen sich mit der wirtschaftlichen Struktur des Landes, die in den Forderungen zusammengefasst werden können: Keinerlei Restriktionen (ausser der Herstellung von Waffen und Munition, die ohnehin abgelehnt wird) der Produktion von Eisen und Stahl, des Schiffbaus, der chemischen Industrie und der zivilen Luftfahrt.

Die betont pazifistische Haltung der japanischen Sozialisten lässt jedoch keinen Zweifel darüber, dass sie sich ideologisch einwandfrei für das westliche Lager entschieden haben. Als Mitglied von COMISCO stehen sie auf dem Boden des demokratischen Sozialismus. Trotz allem Verständnis für Japans Verlangen nach Frieden und Sicherheit erscheint die Forderung auf absolute Neutralität im höchsten Masse als unreal. Der latenten Bedrohung Japans kann man nicht durch diese Formel aus dem Wege gehen.

H.P.

- - - - -
"Deutsche Heimat im Osten"

sp. Auf dem Berliner Ausstellungsgelände am Funkturm wird am 24. November die Ausstellung "Deutsche Heimat im Osten" eröffnet. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen und der Magistrat von Berlin haben sich zu dieser Aufgabe vereinigt, an der auch die Verbände der Heimatvertriebenen beteiligt werden. Damit wird ein Beschluss der Berliner Stadtverordneten erfüllt, den diese im Sommer gefasst hatten, um mit den Mitteln moderner Ausstattungstechnik in einer grossen Schau zu zeigen, was der ostdeutsche Mensch und das ostdeutsche Land hinter der Oder-Weisse-Linie in Geschichte und Gegenwart gewesen sind, was sie für sich und das deutsche Volk, ja für Europa bedeuten.

Für die Ausstellung sind drei grosse Hallen mit einer Gesamtfläche von 6 000 qm vorgesehen. Die Eingangshalle schmückt ein 50 qm grosses Glasfenster des schlesischen Malers Prof. Kowalski, auf dem

in symbolischen Figuren das Land östlich der Oder-Neisse dargestellt wird. Die anschliessende Halle wird der "Kultur und Geschichte" in Urkunden und Dokumenten sowie wertvollen Kunstwerken gewidmet sein. In Schaubildern und Statistiken wird gesagt, welche Bedeutung Landwirtschaft, Industrie und Handwerk der Ostgebiete für Deutschland hatten. In einem Filerraum werden täglich Kulturfilme aus den Ostgebieten gezeigt werden. Die Ausstellung wird bis zum 17. Dezember geöffnet sein.

Nachrichten aus der Sowjetzone:

"Kritisch und selbstkritisch"

Der "Freiheit", SED-Zeitung für Sachsen-Anhalt, entnehmen wir u.a.:

Die erste Parteiversammlung der Betriebsgruppe der Medizinischen Fakultät an der Universität Halle-Wittenberg im neuen Semester befasste an Hand der Entschliessung kritisch und selbstkritisch sich mit der Arbeit der Parteigruppe. Es passierten hier ebenfalls Dinge, die nicht vorkommen dürften. So gibt es z.B. Genossen, die den Besuch von Mitgliederversammlungen ablehnen, weil sie "alles schon wüssten". Andere Genossen behaupten, Marxisten-Leninisten zu sein, legten aber eine ablehnende Haltung zur deutsch-sowjetischen Freundschaft an den Tag. Die Fehler der deutschen Emigrationsleitung müssen uns eine Lehre sein, ungenügende marxistisch-leninistische Kenntnisse und mangelndes Klassenbewusstsein zu überwinden. Die Genossen der Betriebsgruppe verpflichten sich, in diesem Sinne zu arbeiten. Ein Mangel dieser so wichtigen Versammlung war die Unpünktlichkeit vieler Genossen. Der Letzte kam eindreiviertel Stunden zu spät."

+

Östliche Spielart von Aufklärung

sp. An alle zur Vorbereitung der sogenannten Oktoberwahlen eingesetzten hauptamtlichen "Aufklärer" wurden "Fragespiegel" ausgegeben. Darin sollen alle Personen genannt werden, die sich in der Vorbereitung der Wahlen zu wenig aktiv gezeigt oder gar dagegen opponiert haben.

+

West-Kommunisten werden in Ilmenau geschult

sp. Im FDGB-Heim Frauenwald bei Ilmenau finden laufend mehrwöchige Lehrgänge für westdeutsche Kommunisten und FDJler statt, die hier für die kommunistische Agitation in Westdeutschland ausgebildet werden. Der grösste Teil von ihnen besitzt im DGB noch eine Funktion.

+

Ein enttäuschter Kreisschulungsreferent

sp. Der Kreisschulungsreferent der SED in Senftenberg, Heizer, beging Selbstmord. Heizer war seit seiner Jugend Kommunist. In seinem Abschiedsbrief an seine Frau teilte er mit, dass er den Selbstmord aus Verzweiflung über den verbrecherischen Kurs der SED gewählt habe. Er sehe den Irrtum des kommunistischen Weges ein, der in die Sklaverei und Unfreiheit geführt habe.

+++